2014/38 Inland

https://jungle.world/artikel/2014/38/das-rote-wien

Alternative Baupolitik in Wien

Das »Rote Wien«

von **Raphael Kiczka**

Ein Blick auf das »Rote Wien« zwischen 1919 und 1934 bietet Hinweise für eine - alternative kommunale Wohnungspolitik und verdeutlicht deren Möglichkeiten und Grenzen.

Wie kaum ein anderes Bauwerk steht der Karl-Marx-Hof für das »Rote Wien« und seine alternative Wohnungs- und Kommunalpolitik: Über 1,2 Kilometer lang, mit geschlossener Bauweise, Toren und Türmen, steht er wie eine Festung im bürgerlich-konservativen Wiener Bezirk Döbling. 1930 eröffnet, bot der Hof mit 1 382 Wohnungen etwa 5 000 Menschen Platz. Geplant als Höhepunkt des Wohnbauprogramms, sollte er, wie alle Gemeindebauten, der Sozialdemokratie ein Denkmal setzen. »Wenn wir einst nicht mehr sind, werden diese Steine für uns sprechen«, formulierte der damalige Bürgermeister Karl Seitz bei der Eröffnung den symbolischen Wert der Wohnbaupolitik des »Roten Wiens«.
Die enorme Bautätigkeit durch die Stadt, vor allem in den zwanziger Jahren, hatte vor allem praktische Gründe: 1917 bestanden drei Viertel der Wohnungen aus nur ein oder zwei Zimmern, die in den Zins- beziehungsweise Mietskasernen, mehrgeschossigen, dicht um Innenhöfe gebauten Mietshäusern für Arbeiter und Angestellte, häufig kein oder kaum direktes Licht bekamen. Die Überbelegung wegen der hohen Mieten führte zu Gesundheitsproblemen, so wurde Typhus die »Wiener Krankheit« genannt. Einen Schutz der Mieterinnen und Mieter gab es nicht, so dass sie der Willkür der Hauseigentümer ausgeliefert waren. Der Bau von Mietshäusern brachte anders als Wohnungen für Wohlhabende nur mäßige Erträge für die Bauherrn. Es herrschte also ein strukturelles Unterangebot an günstigem Wohnraum, das auch soziale Konflikte barg. 1910 und 1911 kam es in Wien zu Massenprotesten gegen Teuerung und Wohnungsnot.

1919 gewann die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) die absolute Mehrheit im Wiener Gemeinderat. Ein Wahlerfolg, der den Anfang für das Experiment »Socialism in one city« bedeutete, wie die Historikerin Jill Lewis in ihrem gleichnamigen Artikel über das »Rote Wien« schreibt. Umgeben von konservativen Mehrheiten, sollten in Wien Alternativen im Bereich der Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Wohnbaupolitik entwickelt werden. Die 64 000 Gemeindewohnungen, die gebaut wurden, bis der Putsch der Austrofaschisten 1934 dem »Roten Wien« ein Ende bereitete, sind die augenfälligsten Monumente dieser Zeit. Gleichzeitig vereinigen sie durch ihren Aufbau und ihre Organisation die grundlegenden Inhalte des Experimentes, auf kommunaler Ebene schon im Hier und Jetzt sozialistische Ideen zu

verwirklichen. Trotz der revolutionären Rhetorik ging es der österreichischen Sozialdemokratie darum, im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse realpolitisch tätig zu werden: Statt Revolution standen Kompromiss und Verhandlungen mit den politischen Gegnern auf der Tagesordnung. Aufgrund der Kräfteverhältnisse wurde erwartet, dass ein revolutionärer Umsturz zu einem Bürgerkrieg führen würde. Anstelle einer radikalen Gesellschaftsveränderung wurde nach dem Ersten Weltkrieg die Etablierung einer bürgerlich-parlamentarischen Republik und einer proletarischen Gegenkultur angestrebt, die Vorarbeit für eine sozialistische Gesellschaft leisten sollte. In »revolutionärer Kleinarbeit« sollte durch sozialistische Bewusstseinsbildung der »neue Mensch«, so der Austromarxist Max Adler, geschaffen werden. Die Gestaltung der Lebenswelt nahm dabei eine zentrale Rolle ein, die Schaffung besserer Wohn- und Lebensbedingungen war prioritär.
Die Sozialdemokratie erbte 1919 eine bankrotte Stadt, in der etwa ein Drittel der Bevölkerung Österreichs lebte. Kreditfinanziert wurde vor dem Krieg jedoch auch die technische und soziale Infrastruktur ausgebaut viele städtische Dienstleistungsunternehmen waren kommunalisiert. Darauf konnte die Sozialdemokratie aufbauen und sich auf neue Politikfelder konzentrieren. Wegen der hohen Inflationsrate reduzierten sich die (Inlands-) Schulden und auch die Mieten sanken nun gegen null. Grund dafür war eine kaiserliche Notverordnung (»Friedenszins«), die 1917 im Angesicht einer Radikalisierung der Arbeiter nicht nur den Kündigungsschutz verbesserte, sondern auch Mietsteigerungen blockierte. Mit dem Mietengesetz verbesserte die Sozialdemokratie 1922 weiter die Lage der Mieterinnen und Mieter. Durch diese Regulierungen, eine Wertzuwachssteuer, die die Profitaussichten durch eine Übertragung von Liegenschaften senkte, und eine progressive Besteuerung von Immobilieneigentum wurden private Investitionen auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt unprofitabel.
Nicht nur der private Wohnbau kam durch die gezielte Zerstörung des Marktes zum Erliegen, auch große Flächen von Bauland verloren drastisch an Wert. Dies nutzte die Stadt Wien und kaufte sie – teils über Mittelsmänner – zu einem Bruchteil des alten Preises auf, so dass sie am Ende fast ein Drittel der städtischen Fläche besaß. Als das Ende der Inflation Planungssicherheit verschaffte, konnte 1923 mit dem ersten Wohnbauprogramm auf diesem Baugrund begonnen werden. Die finanzielle Basis für die Bauvorhaben bildete die Reorganisation des Steuersystems: Dank der Anerkennung als eigenes Bundesland 1922 konnte Wien eigenmächtig Steuern erheben. Durch eine Reihe von Konsumptions- und Luxussteuern sollte das Steuersystem sozialen Ausgleich schaffen, wichtig war dabei die zweckgebundene Wohnbausteuer, die das kommunale Bauprogramm zu großen Teilen finanzierte. Schulden mussten nicht aufgenommen werden.

Um die Wohnungsnot zu lindern, unterstützte die Sozialdemokratie anfänglich auch die selbst-organisierte Siedlerbewegung, die an den Stadträndern – zunächst illegal – einfache Häuser mit Gärten zur Selbstversorgung errichtete. Doch schon bald fiel die Entscheidung für groß angelegte innenstadtnahe Gemeindebauten. Als Gründe wurden die höheren Erschließungskosten des Umlandes genannt, wichtig war aber wohl auch die Angst vor einer Entproletarisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie fehlende Kontroll- und Einflussmöglichkeiten durch die Partei in den selbstorganisierten Siedlungen. Denn der Wohnbau sollte nicht nur die Wohnungsnot lindern und gesunde Lebensbedingungen schaffen, sondern auch das proletarische Bewusstsein schärfen und die Arbeiter politisieren. Die Gemeindebauten waren von Institutionen der Stadt Wien – und damit kaum zu trennen von der Partei – organisiert. Besonders in den größeren Neubauten gab es eine Vielzahl von Einrichtungen und Gemeinschaftsräumen, etwa Poststationen, Gesundheitszentren,

genossenschaftliche Einkaufsläden, Kindergärten, Kinos, Bäder, Waschhäuser und Bibliotheken. Als Monumente des proletarischen Selbstbewusstseins wurden die Gemeindebauten abwechslungsreich und fortschrittlich von führenden Architekten Wiens erbaut.
Auch die Gemeindewohnungen selbst, die nach einem Punktesystem gemäß sozialer Bedürftigkeit vergeben wurden, waren ein großer Fortschritt gegenüber den Zinskasernen. Die Bewohnerinnen und Bewohner mussten einzig Betriebs- und Unterhaltungskosten der Wohnung zahlen, da die Steuerfinanzierung keine Rückzahlung von Krediten nötig machte. Außerdem waren die Baukosten vergleichsweise gering. Die Fläche wurde billig erworben, die Stadt Wien gründete gemeindeeigene Baustofflieferanten und Baufirmen, die auch wegen der Quantität der Baumaterialien günstig arbeiten konnten, und die städtischen Transportunternehmen wurden für den Wohnbau mitgenutzt. Die Miete betrug 1926 damit gerade einmal vier Prozent des durchschnittlichen Lohns eines Arbeiters. Diese niedrigen Wohnkosten waren auch nationalökonomisch gewünscht, denn der Druck, die Löhne zu erhöhen, wurde so effektiv gesenkt. Dies war von zentraler Bedeutung, denn zu jener Zeit konnte Österreich nur als Niedriglohnstandort konkurrenzfähig bleiben.
Die Wohnungen selbst waren zwar aus heutiger Sicht eher klein, dafür besaßen sie aber üblicherweise die notwendigen sanitären Einrichtungen, waren direkt beleuchtet und belüftet. Dies alles steigerte die Lebensqualität und den gesundheitlichen Standard. Bei den Gemeinderatswahlen drückte sich die Zustimmung zu dieser Politik durch einen stetig wachsenden Stimmanteil aus, auch die Mitgliederzahlen der SDAP stiegen in Wien 1928 auf über 400 000.

Trotz dieser konkreten Erfolge konnte die Strukturkrise nicht gelöst werden. Die christsozial dominierte Bundesregierung blies 1929 zum »finanziellen Marsch auf Wien« und veränderte im Rahmen einer Zentralisierungsstrategie den Verteilungsschlüssel zwischen Bund und Ländern. Verstärkt durch die Krise, sanken so die Steuereinnahmen Wiens und viele Reformen wurden nicht weitergeführt oder sogar rückgängig gemacht. Auch das Bauprogramm verlor in den Dreißigern deutlich an Schwung. Trotz der starken Durchdringung des Lebens mit sozialdemokratischen Institutionen in Wien konnte den Angriffen der rechtsnationalen Kräfte im Februar 1934 wenig entgegengesetzt werden. Dies lag auch an der sozialdemokratischen Führung, die bis zuletzt auf Verhandlungen mit den politischen Gegnern vertraute, Angriffe der bürgerlich-klerikalen Kräfte nicht beantwortete und ihre Basis zurückhielt. Den Angriffen von Polizei, Heimwehr und Artillerie des Bundesheeres konnte nur kurz standgehalten werden – Hauptschauplätze des bewaffneten Widerstands waren die größeren Gemeindebauten. Nach wenigen Tagen war das Ende des »Roten Wien« jedoch besiegelt, die Bundesregierung verbot alle sozialdemokratischen Institutionen und Publikationen.
Das kommunale Bauprogramm wurde Mitte der Neunziger quasi eingestellt, 2004 errichtete die Stadt Wien den letzten Gemeindebau. Eine gesellschaftspolitische Utopie wird mit Wohnbaupolitik länger nicht mehr verfolgt. Hing der Erfolg der Baumaßnahmen im »Roten Wien« stark mit der gezielten Zerstörung des Wohn- und Immobilienmarktes zusammen, so arbeitet die Stadtpolitik heute vor allem mit privaten Investoren zusammen. Fehlender Wohnraum und steigende Mieten sind die Folge, grundlegende Alternativen zu einer marktförmigen Organisation der Wohnungspolitik vergessen. Wenn Steine reden könnten, wären die Wiener Gemeindebauten eine gute Gelegenheit, um sich an die Erfahrungen des »Roten Wien« zu erinnern und Möglichkeiten und Grenzen einer alternativen Kommunal- und Wohnungspolitik zu diskutieren.

© Jungle World Verlags GmbH